



Medizinische Versorgung im ländlichen Raum stärken

Städte- und Gemeindebund NRW fordert zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Ärzteversorgung in der Fläche

In vielen ländlichen Regionen Nordrhein-Westfalens ist eine gute medizinische Versorgung nach wie vor problematisch. Es fehlt vor allem an praktischen Ärztinnen und Ärzten. "Wir können es nicht hinnehmen, dass nach Mitteilung des Patientenbeauftragten der Bundesregierung bereits heute in mehr als 90 der 396 NRW-Kommunen eine hausärztliche Unterversorgung droht und in weiteren 48 Städten und Gemeinden die hausärztliche Versorgung auf mittlere Sicht gefährdet ist", erklärte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, **Dr. Bernd Jürgen Schneider**, heute in Düsseldorf.

Positiv sei, dass in dem Entwurf zu einem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, den das Bundeskabinett im Dezember 2014 verabschiedet hat, die Möglichkeiten der Kommunen gestärkt werden sollen. Wo es Unterversorgung gebe, will der Bund medizinische Versorgungszentren in kommunaler Hand ermöglichen. Hierdurch erweitere sich der Spielraum der betroffenen Kommunen. "Allerdings dürfen diese nicht zum Ausfallbürgen für Fehlentscheidungen werden, die von Bund, Land und den kassenärztlichen Vereinigungen zu verantworten sind", hob Schneider hervor.

Bereits heute gebe es wirksame Steuerungsinstrumente, damit sich Ärztinnen und Ärzte dort niederlassen, wo sie gebraucht werden. Die kassenärztlichen Vereinigungen haben mit der Bedarfsplanungsrichtlinie ein Instrument an der Hand, mit dem effektiver als bislang geplant werden könne. "Was wir brauchen, sind kleinere Planungseinheiten, die maximal die Größe einer Gemeinde haben dürfen", betonte Schneider. Andernfalls hätten die kassenärztlichen Vereinigungen die Möglichkeit, die Planungsgebiete so zuzuschneiden, dass von Unterversorgung und von Überversorgung betroffene Gebiete zusammengefasst werden, sodass sich insgesamt ein neutrales oder positives Bild ergebe.

Den Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene sei seit langem bekannt, dass mangels Ausbildungskapazitäten zu wenig Allgemeinmediziner/innen in den Hochschulen ausgebildet werden. "Es ist nicht akzeptabel, dass in Nordrhein-Westfalen zahlreiche medizinische Fakultäten das Fach Allgemeinmedizin überhaupt nicht anbieten", machte Schneider deutlich.

Notwendig sei eine erhebliche Aufstockung der Ausbildungskapazitäten an den Universitäten.

Neben Allgemeinmediziner(inne)n seien vor Ort allerdings auch Fachärzte und -ärztinnen erforderlich. Der Städte- und Gemeindebund NRW begrüße das Vorhaben der Bundesregierung, wonach die Wartezeit der Patienten und Patientinnen auf einen Facharztbesuch deutlich reduziert werden soll. Facharztpraxen müssten allerdings in angemessener Entfernung vorhanden sein. "Ist dies nicht der Fall, sollten die vom Ärztemangel bedrohten Städte und Gemeinden die Möglichkeit haben, vor Ort Kooperationen zwischen niedergelassenen Ärzt(inn)en und Krankenhäusern für die fachärztliche Versorgung auszubauen", erklärte Schneider abschließend.